

Zeitenwende

Europa im Spannungsfeld zwischen Integration und Identität

VON HANNES ANDROSCH

Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Historische Deutungen machen sich aber an Zäsuren fest. So gesehen wurde die kalendarische Jahrhundertschwelle mit dem ereignisreichen Jahr 1989 bereits vorweggenommen. Damals ist eine Epoche jäh zu Ende gegangen. In der historischen Deutungssicht von Eric Hobsbawm folgte dem „langen“ 19. Jahrhundert, das 1789 mit dem Ausbruch der Französischen Revolution begonnen und mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges geendet hatte, das „kurze“ 20. Jahrhundert, das seinen Abschluß mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems fand. Mit dem Untergang dieser Weltordnung wurde aber nicht, wie beispielsweise von Francis Fukuyama im ersten Überschwang prophezeit, das Ende der Geschichte eingeleitet, sondern vielmehr deren Rückkehr.

Die Überwindung der Vereinbarung von Jalta brachte nicht nur jene Probleme wieder an die politische Oberfläche, die die Pariser Vorortverträge zurückgelassen hatten. Es traten vielmehr auch jene nationalen Spannungen erneut zutage, die zwischen einzelnen Völkern bereits vor dem Ersten Weltkrieg virulent geworden waren und damals ein Klima aufbereitet und ermöglicht hatten, das ethnischen Verfolgungen, insbesondere dem Antisemitismus mit seinen unsagbar verheerenden Folgen, Vorschub geleistet hat.

Ethnie und Nationalität treten nunmehr wieder allenthalben als Agens der Geschichte hervor. Historische Räume und Zeiten rücken erneut in den Lichtkegel des Zeitgeschehens. Laut der von Dan Diner in seinem Buch „Das Jahrhundert verstehen“ vorgenommenen universalhistorischen Deutung war das 20. Jahrhunderts eines der ideologischen Bürgerkriege. Die ethnisch-nationalen Konfliktlinien wurden durch die ideologischen Fronten im Ost-West-Konflikt zwar überlagert, aber nie zum Verschwinden gebracht, wofür nicht nur die politische Entwicklung auf dem Balkan als Beispiel steht. Im Gegensatz zu Huntington, der für das 21. Jahrhundert das politische Szenario des Zusammenstoßes der Zivilisationen entworfen hat, geht Diner von der weiterhin dominierenden Relevanz ethnischer Spannungen und geopolitischer Gegensätze aus. Die Zukunft Europas wird daher weitgehend an die Bewältigung und Befriedung dieses Konfliktpotentials geknüpft sein, das zudem auch in einem anachronistischen Gegensatz zu den europäischen Einigungsbestrebungen steht.

Nicht von ungefähr plädiert Helmut Schmidt in seinem neuen Buch über die Zukunft der Europäischen Union eindringlich dafür, die Frage nach den Grenzen

Europas und der EU verstärkt an der Frage der gemeinsamen kulturellen Entwicklung als integralem Bestandteil der europäischen Identität auszurichten. Dies schließt auch eine Abkehr der bislang geübten Gepflogenheit der nationalen Geschichtsschreibung zugunsten einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung ein. Diese sollte sich aber nicht mit der Ereignisgeschichte begnügen, sondern ebenso die gemeinsame Evolution der Kultur auf der Basis ihrer ungeheuren Vielgestaltigkeit anschaulich machen. Ebenso muß es aber auch Aufgabe einer in diesem Sinne verstandenen umfassenden Geschichtsschreibung sein, Erinnerungsarbeit in bezug auf die Greuel des über weite Strecken so blutigen 20. Jahrhunderts – dessen unsagbar grausamer Höhepunkt der Holocaust, die Shoah, war – mit dem Ziel zu leisten, eine Wiederholung der Geschichte, in welcher Form auch immer, nicht mehr möglich zu machen.

Roger de Weck hat in der „Zeit“ geschrieben, daß das Großartige an der Europäischen Union sei, daß sie weder ein Reich noch eine Nation ist, denn diese beiden politischen Gebilde haben viel Unheil über Europa gebracht. Die Europäische Union ist in der Weltgeschichte vielmehr etwas Neuartiges, dessen Identitätsfindung noch nicht abgeschlossen ist. Die Dynamik dieses Suchprozesses muß allerdings vermehrt auf die historisch einmalige Chance eines neuen und gemeinsamen Europas ausgerichtet werden, sollte das Modell eines neuen und zukunftsweisenden Europas nicht zu einer utopischen Makulatur mit dem Stigma der Negierung einer historisch einmaligen Chance verkommen.

In der öffentlichen Diskussion wird die Europäische Union noch immer in erster Linie an ihren Unzulänglichkeiten gemessen. Diese Einseitigkeit der Betrachtungsweise ist ein großes Versäumnis der Politik. Die gerne geübte Strategie vieler Politiker, die EU zum Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen zu machen, kann einen unerwünschten politischen Bumerangeffekt nach sich ziehen. Ein geeintes und friedliches Europa ist eine zu bedeutende Aufgabe, als daß diese in den Niederungen des politischen Alltags geopfert werden dürfte.

Es sprechen viele Gründe dafür, die Kräfte Europas zu bündeln. Nur auf diesem Weg werden sich die europäischen Interessen gegen die Übermacht der Vereinigten Staaten durchsetzen und Krisen in Europa, wie etwa auf dem Balkan, ohne deren Hilfe gemeistert werden können. Nur auf diesem Wege wird sich Europa im Globalisierungsprozeß nicht nur gegenüber den USA,

sondern auch gegenüber den sich neu formierenden Weltmächten wie beispielsweise Indien und China als ernstzunehmender Player durchsetzen können.

Es kann nicht genug herausgestrichen werden, daß die gesamteuropäische Integration auch ein Projekt der Friedenssicherung ist. Der legendäre Satz von Jean Monnet „Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären“ war die Triebfeder für die vor knapp 50 Jahren, am 18. April 1951, gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Daraus erwuchs zunächst der gemeinsame Markt und dann der Binnenmarkt, zunächst das Europäische Währungssystem und dann die Europäische Währungsunion. In West- und Mitteleuropa mußten in den letzten 55 Jahren keine neuen Gedenktafeln für im Kriege gefallene Soldaten mehr aufgestellt werden. Dies verdanken wir nicht zuletzt dem Wesen des europäischen Gedankens als Friedenssicherungsprojekt. Sicht man vom amerikanischen Sezessionskrieg im vorigen Jahrhundert ab, so hat es innerhalb einer Währungsunion noch nie einen Krieg gegeben. In diesem Zusammenhang sei an die Worte von Willy Brandt erinnert: „Friede ist nicht alles, aber ohne Friede ist alles nichts.“

Die EU-Erweiterung ist daher auch ein enorm wichtiges Vorhaben zur kontinentalen Friedenssicherung. Darüber hinaus werden die mittel- und osteuropäischen Staaten nur mit der Option eines baldigen EU-Beitritts in der Lage sein, die noch ausstehenden unpopulären Wirtschaftsreformen umzusetzen und die Nationalisten im Zaum zu halten, die in jenes Vakuum stoßen, das der Kommunismus hinterlassen hat. In diesem Zusammenhang sind auch die besonderen Anstrengungen zu würdigen, die von diesen Staaten bislang sowohl in demokratiepolitischer als auch in marktwirtschaftlicher Hinsicht erfolgreich umgesetzt wurden. Bei der Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft stand in den Reformstaaten von Anfang an das große Bestreben im Vordergrund, die Zweiteilung Europas zu überwinden und wieder an Westeuropa aufzuschließen. Die weitere Hinausschiebung der Erweiterung der EU um diese Staaten schließt die Gefahr der Destabilisierung dieser Region mit all den damit verbundenen Gefahren für das übrige Europa ein. Ein zweites Jugoslawien kann und darf sich Europa aber nicht leisten.

An dem Projekt der ökonomischen Friedenssicherung infolge der EU-(Ost-)Erweiterung müßte Österreich nicht nur aufgrund der Logik der Geographie, sondern auch aufgrund der Logik der Geschichte und der kulturellen Verbundenheit das größte Interesse haben und es als einen politischen Aufgabenschwerpunkt sehen. Die Österreicher reklamieren viele Berühmtheiten aus Wissenschaft und Kultur, die in der ausgehenden Monarchie vor allem in Wien wirkten, mit Stolz noch heute gerne für ihr Land. Viele dieser Persönlichkeiten, die oftmals jüdischer Abstammung waren, kamen aber nicht aus dem heutigen Österreich, sondern

aus der Nachbarschaft. Österreichs historisch begründete Nachbarschaftsverpflichtungen gehen weit über jene Länder hinaus, die als EU-Beitrittskandidaten über eine physische Grenze mit Österreich verfügen. Vielmehr sind jedenfalls auch Polen, Kroatien und Serbien, aber auch Rumänien und Bulgarien in das Verständnis von österreichischen Nachbarstaaten miteinzubeziehen.

In Anknüpfung an seine historischen Wurzeln könnte Österreich mit der entsprechenden Widmung des in mehrfacher Hinsicht symbolträchtigen Palais Epstein an der Wiener Ringstraße zu einer Stätte der historischen Begegnung und der europäischen Erinnerung werden und damit einen wichtigen und zukunftsweisenden Beitrag bei der Suche Europas nach seiner zukünftigen Identität leisten.

Ein geschichtlicher Rückblick muß aber auch den dunkelsten Zeitabriß des vergangenen Jahrhunderts einschließen, das dem dumpfen Rassenwahn der nationalsozialistischen Ideologie entsprungene Inferno der Vernichtung und des jüdischen Genozids.

Österreich wird in diesem Zusammenhang immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, es hätte nicht genug zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Dem kann nicht ernstlich widersprochen werden, wiewohl zahlreiche Fachpublikationen und Dokumentationen zur neueren österreichischen Geschichte vorliegen. Diesbezüglich sei nur auf die auf Initiative von Bruno Kreisky erarbeiteten elf Bände der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 durch den Theodor-Körner-Stiftungsfonds oder die verdienstvollen TV-Dokumentationen und Buchveröffentlichungen von Hugo Portisch und seinem Team verwiesen. Das eigentliche Problem liegt offensichtlich darin, daß zwar große Teile der österreichischen Geschichte wissenschaftlich aufgearbeitet sind, die Ergebnisse aber nicht popularisiert wurden und somit viel zuwenig im allgemeinen Bewußtsein verankert sind.

Ich möchte daher unter Bezugnahme auf meine vor dem diesjährigen Herzl-Symposion in Wien gehaltene Rede erneut die Anregung weitergeben, aus der Buchserie „Österreich I“ und „Österreich II“ von Portisch eine vor allem auf die junge Generation abgestimmte Fassung zu erstellen und diese den Schulen und Universitäten, aber auch den Haushalten über Anforderung zugänglich zu machen. Angesichts der jüngsten Berichterstattung über Österreich, die ein erschreckendes Unwissen über historische Zusammenhänge in unserem Land offenkundig werden läßt, wären sicherlich auch fremdsprachige Fassungen einer solchen Publikation vorzusehen.

Neben diesen Dokumentationen zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte sind zahlreiche weitere Initiativen zur Verpflichtung an die Erinnerung gesetzt worden. Das 1971 gegründete Sigmund-Freud-Museum in Wien kann hierfür als Beispiel ebenso angeführt werden wie die Gedenkstätte in Mauthausen, das Faschismus-Mahnmal

von Alfred Hrdlicka in Wien, jüdische Museen in Eisenstadt, Wien und Hohenems, das kürzlich auf dem Wiener Judenplatz enthüllte Mahnmal für die Opfer des Naziregimes sowie zahlreiche Schulen und jüdische Einrichtungen in Wien. In dieser kursorischen Auflistung soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß seit 1945 fast zwei Millionen Menschen durch und über Österreich in die Freiheit gelangten. Darunter waren etwa 500.000 Juden aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, alleine in den siebziger Jahren zirka 400.000.

Gerade in der jetzigen politischen Befindlichkeit unseres Landes ist es besonders wichtig, über alle geographischen und sonstigen Grenzen hinweg einen Dialog einzufordern, der einer Wissens-, Kultur- und Geisteshaltung des Erinnerns verpflichtet ist und von entsprechenden Handlungsinitiativen begleitet wird.

Dazu zählt auch, unter dem Titel „Wiedergutmachung“ – ein unzulänglicher Begriff – eine abschließende, rechtsverbindliche und globale Lösung unter Berücksichtigung all dessen, was durchaus schon geschehen ist, herbeizuführen. Vom österreichischen Staat wurde in der Zweiten Republik zwar eine Reihe von Gesetzen erlassen, die Entschädigungsleistungen und die Restitution von Eigentum vorsahen; und auch die 1955 zwar spät, aber doch eingerichteten Fonds für die Opfer des Nationalsozialismus oder das Rückgabegesetz von 1998 können als wichtige Vorbereitungen zugunsten einer dringend notwendigen Gesamtleistung gelten.

Zu einer abschließenden Regelung wird auch gehören müssen, alle materiellen Werte, wo dies noch möglich und noch nicht geschehen ist, an die eigentlichen Eigentümer und deren Erben rückzustellen. Wo dies nicht mehr möglich ist, sind mit rechtlicher Wirkung abschließende Entschädigungen vor allem an die noch lebenden Opfer zu leisten, wie das im Rahmen des Versöhnungsfonds in der Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter erreicht werden konnte. Dies trifft insbesondere auf die 42.000 „arisierten“ Geschäfte und etwa 70.000 „arisierten“ Wohnungen zu, in denen inzwischen vielleicht der fünfte Nachmieter wohnt, was eine Restitution de facto unmöglich macht. Angesichts des Alters der Opfer ist eine rasche Lösung geboten.

Zugunsten einer solchen globalen Lösung, die gleichzeitig Grundlage zur Versöhnung sein sollte, müßte vom österreichischen Parlament ein entsprechender Beschluß, verbunden mit der Bitte um Vergebung, gefaßt werden, der in der Folge vom Bundespräsidenten den Vertretern der Opfer zum Ausdruck gebracht werden müßte.

Martin Buber hat geschrieben: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ Dieser weise Spruch sollte nicht nur zum Motto für die Bewältigung von aus der Vergangenheit fortwirkenden ungelösten oder unaufgearbeiteten Problemen erhoben werden, sondern auch zum Leitmotiv des auf die Gestaltung der Zukunft ausgerichteten europäischen Einigungsprozesses werden.

Österreich hat sich immer als Brückenkopf zu Osteuropa beziehungsweise zu Ostmitteleuropa verstanden. Dementsprechend wurden auch viele Hoffnungen der Reformstaaten auf Österreich als Vermittler gegenüber der EU gesetzt. Diese Erwartungen hat Österreich allerdings leider nicht in jenem Umfang erfüllt, der möglich und wünschenswert gewesen wäre. Außenpolitik beginnt bei der Nachbarschaftspolitik. In der EU gibt es kein Land, das so viele EU-Beitrittskandidaten zu seinen Nachbarn zählt wie Österreich. Wiewohl sich das offizielle Österreich Verdienste für das Verschwinden des Eisernen Vorhanges zugute hält, wird andererseits die EU-Mitgliedschaft dieser Nachbarländer als eine reale Bedrohung für die heimische Landwirtschaft und den Arbeitsmarkt empfunden. Dabei wird übersehen, daß Österreich nicht zuletzt aufgrund seiner geographischen Lage zu den Hauptnutznießern der sogenannten Ostöffnung gezählt hat und auch weiterhin zählen wird. Zudem wird Österreich alleine aus Gründen seiner Altersstruktur in Hinkunft wohl schwerlich auf eine geordnete und auf Integration basierende Zuwanderung aus seinen östlichen Nachbarstaaten verzichten können.

Österreich zählt heute zu den reichsten Ländern der Welt. Mit einer jährlichen Wirtschaftsleistung von 26.830 US-Dollar pro Kopf liegt Österreich unter den 15 EU-Mitgliedern auf Platz 3 und unter den 29 OECD-Staaten auf Platz 7. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, wenn man den historischen Ausgangspunkt berücksichtigt. Das kleine Land, dessen Lebensfähigkeit nach 1919 allenthalben bezweifelt wurde, hat nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg eine mit dem Glauben an die Zukunft des Landes verbundene österreichische Identität ausbilden können. Österreich konnte sich im Windschatten des Kalten Krieges nicht zuletzt auf Grundlage der Marshallplanhilfe zu einer prosperierenden Nation hinaufarbeiten. Wenn Österreich die Story seines ökonomischen Erfolges fortschreiben und seiner historischen Verpflichtung gerecht werden möchte, dann muß es die historische Chance der EU-Erweiterung endlich wahrnehmen und forcieren.

Ungenutzte Chancen, so lehrt die Geschichte, sind in der Regel unwiederbringlich.

HANNES ANDROSCH, geboren 1938 in Wien, war Finanzminister und Vizekanzler des Kabinetts Kreisky I bis IV sowie Generaldirektor der Creditanstalt Bankverein und ist derzeit als Industrieller tätig.